

H&D ITAS Client Services GmbH

Wolfsburg

Bericht über die Prüfung
des Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2019
und des Lageberichts
für das Geschäftsjahr 2019

PKF FASSELT SCHLAGE

Partnerschaft mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Rechtsanwälte



Güldenstraße 28 | 38100 Braunschweig
Tel. +49 531 2403-0 | Fax +49 531 2403-111
www.pkf-fasselt.de

H&D ITAS Client Services GmbH

Wolfsburg

**Bericht über die Prüfung
des Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2019
und des Lageberichts
für das Geschäftsjahr 2019**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Prüfungsauftrag	1
2. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	2
3. Grundsätzliche Feststellungen	6
3.1. Wirtschaftliche Grundlagen	6
3.2. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter	6
4. Prüfungsdurchführung	8
4.1. Gegenstand der Prüfung	8
4.2. Art und Umfang der Prüfung	9
5. Prüfungsfeststellungen zur Rechnungslegung	9
5.1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	9
5.2. Jahresabschluss	10
5.3. Lagebericht	11
6. Gesamtaussage des Jahresabschlusses	11
7. Schlussbemerkungen	12

Anlagen	Nr.	Seiten
Bilanz zum 31. Dezember 2019	1	1
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019	2	1
Anhang für das Geschäftsjahr 2019	3	1 - 5
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019	4	1 - 10
Rechtliche Grundlagen	5	1 - 2
Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017 des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. sowie Besondere Auftragsbedingungen PKF Fasselt Schlage Partnerschaft mbB Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft Rechtsanwälte vom 1. Januar 2018	6	1 - 3

1. Prüfungsauftrag

Die Geschäftsführung der

H&D ITAS Client Services GmbH, Wolfsburg,
(im Folgenden auch Gesellschaft genannt)

hat uns als den in der Gesellschafterversammlung vom 11. September 2019 gemäß § 318 Abs. 1 Satz 1 HGB gewählten Abschlussprüfer am 28. Oktober 2019 beauftragt, den Jahresabschluss der Gesellschaft zum 31. Dezember 2019 (Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019) unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019 gemäß §§ 316 ff. HGB zu prüfen.

Der vorliegende Bericht ist an die geprüfte Gesellschaft gerichtet.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Für die Ausführung dieses Auftrags und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die diesem Bericht beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017 des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW), Düsseldorf, sowie unsere Besonderen Auftragsbedingungen PKF Fasselt Schlage Partnerschaft mbB Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft Rechtsanwälte vom 1. Januar 2018 vereinbart.

Die Grundsätze ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlussprüfungen im Sinne der einschlägigen Prüfungsstandards des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. sind bei unserer Prüfung beachtet worden. Dieser Prüfungsbericht ist unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450 n. F.) erstellt worden.

2. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir der H&D ITAS Client Services GmbH, Wolfsburg, den als **Anlagen 1 bis 3** beigefügten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 sowie den in **Anlage 4** wiedergegebenen Lagebericht folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die H&D ITAS Client Services GmbH, Wolfsburg

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der H&D ITAS Client Services GmbH - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der H&D ITAS Client Services GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines

Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrundeliegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrundeliegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.“

3. Grundsätzliche Feststellungen

3.1. Wirtschaftliche Grundlagen

Die Gesellschaft ist als IT-Dienstleister hauptsächlich in den Bereichen Client Management, Workplace Management und Service Desk vornehmlich an den Standorten Wolfsburg, Berlin, Braunschweig, Kassel und Hannover tätig. Kerngeschäftsfeld der Gesellschaft bildet der Aufbau von Services in Richtung cloudbasierte Managed Services mit dem Branchenschwerpunkt auf der Automotive Branche.

3.2. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter

Die Geschäftsführung beurteilt die Lage des Unternehmens in zusammengefasster Form wie folgt:

- Im Geschäftsjahr 2019 wurde ein Umsatz in Höhe von 15,0 (i. V. 17,9) Mio. EUR erzielt, der mit durchschnittlich 174 (i. V. 219) Mitarbeitern erwirtschaftet wurde und um 2,1 Mio. EUR über dem prognostizierten Umsatz von 12,9 Mio. EUR liegt.
- Die durchschnittliche Mitarbeiteranzahl hat sich von 219 in 2018 auf 174 in 2019 verringert. Die Personalaufwandsquote sank auf 49,2 (i. V. 49,6) %, was auf eine verbesserte Auslastungsquote der Mitarbeiter zurückzuführen ist.

- Das ordentliche Ergebnis hat sich um 0,7 Mio. EUR auf 1,3 Mio. EUR reduziert und liegt damit auch unterhalb des prognostizierten Ergebnisses von 2,0 Mio. EUR und ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die Umsatzerlöse stärker gesunken sind als der Personalaufwand, bei gleichzeitigem Anstieg der bezogenen Leistungen durch Subunternehmer.
- Die Geschäftsführung beurteilt die Gesamtlage der Gesellschaft als befriedigend. Die rückläufigen Absatzzahlen in China, die anhaltenden Diskussionen um US-Zölle auf Autoexporte sowie der Verkauf eines Teilbetriebs und dadurch weggefallene Umsatzerlöse haben Einfluss auf die Ergebnisentwicklung gehabt.

Der Einschätzung der Geschäftsführung zur zukünftigen Entwicklung des Unternehmens mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken liegen die folgenden Annahmen zugrunde:

- Der hohe Umsatzanteil bei nur einem Leistungsabnehmer stellt ein Klumpenrisiko dar. Ein Ausfall dieses Leistungsabnehmers, könnte zu massiven Ausfallrisiken innerhalb der Gesellschaft führen. Von einem Ausfall dieses Leistungsabnehmers geht die Geschäftsführung derzeit nicht aus.
- Es zeichnen sich keine Liquiditäts- und Ausfallrisiken ab, da die Liquidität über die Hönigsberg & Düvel Datentechnik GmbH sichergestellt und zentral überwacht wird. Über das durchgeführte Cashpooling stehen über die Hönigsberg & Düvel Datentechnik GmbH liquide Mittel zur Verfügung. Auftretende Zahlungsverzögerungen können so ohne Einschränkungen überbrückt werden.
- Die Geschäftsführung sieht die wesentlichen Chancen der Gesellschaft in den nächsten Jahren unverändert beim derzeitigen Hauptauftraggeber aber auch außerhalb dessen.
- Die Geschäftsführung geht für das Geschäftsjahr 2020 von einem Umsatzrückgang auf 13,0 Mio. EUR aus.

- Mit Blick auf die den Automobilabsatz beeinflussenden Risiken vor allem aus den Auswirkungen aus der Coronavirus-Epidemie, der rückläufigen Konjunktur in China aber auch in Deutschland, die zu weiterem Kostendruck auch bei dem Hauptauftraggeber der Gesellschaft führen wird, rechnet die Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2020 mit einem rückläufigen Ergebnis in Höhe von EUR 0,9 Mio.

Die Geschäftsführung sieht keine Gefährdung des Fortbestands und der zukünftigen Entwicklung des Unternehmens. Auf die Ausführungen im Lagebericht (**Anlage 4**) wird verwiesen.

Auf der Grundlage, der von uns geprüften Unterlagen sowie der von uns im Rahmen der Abschlussprüfung durchgeführten Analysen ergeben sich aus unserer Sicht keine Einwendungen gegen die Einschätzung der Geschäftsführung zur Lage, zum Fortbestand und zu der zukünftigen Entwicklung des Unternehmens.

4. Prüfungsdurchführung

4.1. Gegenstand der Prüfung

Gemäß § 317 HGB sind die Buchführung der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019, der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019 (Rechnungslegung) Gegenstand der Abschlussprüfung. Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind nach den deutschen gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen im Gesellschaftsvertrag aufgestellt worden.

Die Gesellschaft hat als mittelgroße Gesellschaft im Sinne von § 267 Abs. 2 HGB von den größenabhängigen Erleichterungen gemäß § 288 Abs. 2 HGB Gebrauch gemacht.

Die Prüfung ist unter Beachtung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften, insbesondere der §§ 316 ff. HGB, und der vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung erfolgt. Die Prüfungshandlungen sind, soweit sie nicht im Prüfungsbericht dargestellt sind, in unseren Arbeitspapieren nach Art, Umfang und Ergebnis festgehalten.

Die Prüfung hat sich gemäß § 317 Abs. 4a HGB nicht darauf erstreckt, ob der Fortbestand des geprüften Unternehmens oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung zugesichert werden kann.

4.2. Art und Umfang der Prüfung

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Weitere Einzelheiten ergeben sich aus dem unter Abschnitt 2. wiedergegebenen Bestätigungsvermerk.

Prüfungsschwerpunkte sind für das Berichtsjahr die folgenden Prüffelder gewesen:

- Forderungen gegen/Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen;
- Rückstellungen;
- Lageberichterstattung.

Saldenbestätigungen für Kunden und Lieferanten sind in Stichproben auf den Abschlussstichtag nach der positiven Methode eingeholt worden.

Die Durchführung der Saldenbestätigungsaktion ist unter unserer Kontrolle erfolgt.

Für die Einschätzung der Risiken aus Rechtsstreitigkeiten und mögliche steuerliche Risiken hat uns eine Bestätigung des Steuerberaters vorgelegen.

Der Vorjahresabschluss zum 31. Dezember 2018 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018 sind ebenfalls von uns geprüft und unter dem 8. März 2019 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Die Zahlen zum 31. Dezember 2018 sind richtig auf das Geschäftsjahr 2019 vorgetragen worden.

Die gesetzlichen Vertreter haben die für unsere Prüfung notwendigen Aufklärungen und Nachweise (§ 320 HGB) vollständig und bereitwillig erbracht. Die berufsübliche Vollständigkeitserklärung ist eingeholt worden.

5. Prüfungsfeststellungen zur Rechnungslegung

5.1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen entsprechen den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags der Gesellschaft.

Die Buchführung hat während des gesamten Geschäftsjahres 2019 den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung entsprochen; die aus den weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen sind ordnungsmäßig in der Buchführung, dem Jahresabschluss und dem Lagebericht abgebildet.

Die Finanzbuchführung einschließlich der Nebenbücher (Anlagenbuchführung und Lohn- und Gehaltsbuchführung) wird unter Einsatz der ERP-Software „SAP ECC 6.0.“ von der Hönigsberg & Düvel Datentechnik GmbH, Wolfsburg, abgewickelt.

Es sind von uns im Rahmen der Prüfung keine Feststellungen getroffen worden, die dagegensprechen, dass die vom Unternehmen getroffenen organisatorischen und technischen Maßnahmen geeignet sind, die Sicherheit der rechnungslegungsrelevanten Daten und der hierfür eingesetzten IT-Systeme zu gewährleisten.

5.2. Jahresabschluss

Im Jahresabschluss der Gesellschaft zum 31. Dezember 2019 sind in allen wesentlichen Belangen alle für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, alle größenabhängigen, rechtsformgebundenen oder wirtschaftszweigspezifischen Regelungen sowie die Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags der Gesellschaft beachtet worden.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind ordnungsmäßig aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet worden; die einschlägigen Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften sind in allen wesentlichen Belangen beachtet worden.

Der Anhang ist klar und übersichtlich und enthält die erforderlichen Angaben. Die auf die Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und die sonstigen Pflichtangaben, insbesondere gemäß §§ 284 ff. HGB, sind vollständig und zutreffend in den Anhang aufgenommen.

Die in § 285 Nr. 9 Buchstabe a und b HGB verlangten Angaben über die Gesamtbezüge der Geschäftsführung ist zu Recht gemäß § 286 Abs. 4 HGB unterlassen worden, da sich anhand dieser Angaben die Bezüge eines Mitgliedes dieses Organs feststellen ließen.

Aufstellungserleichterungen sind insoweit in Anspruch genommen worden, als dass auf die Angabe bestimmter Anhangangaben verzichtet worden ist.

5.3. Lagebericht

Der Lagebericht entspricht in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften.

6. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss der H&D ITAS Client Services GmbH, Wolfsburg, zum 31. Dezember 2019 vermittelt insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (§ 321 Abs. 2 Satz 3 HGB).

Folgende Bewertungsgrundlagen haben einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der H&D ITAS Client Services GmbH:

Zu den bei der Bewertung der immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen angewandten Abschreibungsmethoden verweisen wir auf den Anhang (**Anlage 3**).

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennbetrag bewertet. Wertberichtigungen wegen Uneinbringlichkeit waren nicht zu bilden.

Die Rückstellungen sind jeweils zum erforderlichen Erfüllungsbetrag mit dem wahrscheinlichsten Wert des zu erwartenden Risikos in Ansatz gebracht worden.

Gegenüber dem Vorjahresabschluss zum 31. Dezember 2018 hat es keine Änderungen bei den Bewertungsgrundlagen und keine sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen mit wesentlichem Einfluss auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses, d. h. auf das vom Jahresabschluss vermittelte Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, gegeben.

7. Schlussbemerkungen

Die Wiedergabe des Bestätigungsvermerks ist abweichend zum Vorjahr unter Abschnitt 2. erfolgt.

Den vorstehenden Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2019 (Bilanzsumme: 2.084.109,19 EUR; Jahresüberschuss: 0,00 EUR) und des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2019 der H&D ITAS Client Services GmbH haben wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450 n. F.) erstattet.

Braunschweig, den 17. März 2020

PKF Fasselt Schlage
Partnerschaft mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Rechtsanwälte



(Villwock)
Wirtschaftsprüfer



(Suß)
Wirtschaftsprüferin

Anlagen

Aktiva			Passiva				
	EUR	EUR	Vorjahr TEUR		EUR	EUR	Stand am 31.12.2018 TEUR
A. Umlaufvermögen				A. Eigenkapital			
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				I. Gezeichnetes Kapital (Stammkapital)		25.000,00	25
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5.280,89		6	II. Gewinnvortrag		0,69	0
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	2.059.653,20		1.122			25.000,69	25
3. sonstige Vermögensgegenstände	15.599,78		13	B. Rückstellungen (sonstige)		205.996,84	237
		2.080.533,87	1.141	C. Verbindlichkeiten			
B. Rechnungsabgrenzungsposten		3.575,32	2	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	241.149,31		245
				2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.529.071,45		552
				3. sonstige Verbindlichkeiten	82.890,90		84
				(davon aus Steuern: 82.807,71 EUR; i. V.84 TEUR)			
						1.853.111,66	881
		2.084.109,19	1.143			2.084.109,19	1.143

H&D ITAS Client Services GmbH

Wolfsburg

Gewinn- und Verlustrechnung**für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019**

	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
1. Umsatzerlöse		15.022.793,65	17.877
2. sonstige betriebliche Erträge		65.721,58	128
		15.088.515,23	18.005
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	7.239,71		10
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.762.519,23		1.543
		1.769.758,94	1.553
		13.318.756,29	16.452
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	6.168.178,16		7.401
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	1.215.653,64		1.459
	7.383.831,80		8.860
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.298,00		0
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	4.654.327,38		5.557
		12.039.457,18	14.417
		1.279.299,11	2.035
6. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (davon aus verbundenen Unternehmen: 29.639,84 € i. V. 10 T€)		29.639,84	10
7. Ergebnis nach Steuern		1.308.938,95	2.045
8. aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrags abgeführter Gewinn		1.308.938,95	2.045
9. Jahresüberschuss		0,00	0

H&D ITAS Client Services GmbH

Wolfsburg

Anhang für das Geschäftsjahr 2019

I. Allgemeine Angaben

Die Gesellschaft mit Sitz in Wolfsburg ist im Handelsregister des Amtsgerichts Braunschweig unter der Nummer HRB 201593 eingetragen.

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2019 wurde nach Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) unter Berücksichtigung der Vorschriften für Kapitalgesellschaften und der sie ergänzenden Bestimmungen des GmbH-Gesetzes aufgestellt.

Der Grundsatz der Bilanzierungs- und Bewertungsstetigkeit wurde beachtet.

Im Interesse der Klarheit und Übersichtlichkeit werden die gesetzlich vorgeschriebenen Vermerke zu Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung fast ausschließlich im Anhang aufgeführt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt worden.

Die allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 bis 256a HGB sowie die besonderen Ansatz- und Bewertungsvorschriften für Kapitalgesellschaften gemäß §§ 270 bis 274a sowie 277 HGB werden unter Berücksichtigung der Fortführung der Unternehmenstätigkeiten angewendet.

II. Erläuterungen zur Bilanz

Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten und – soweit abnutzbar – vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen angesetzt. Bewegliche, absetzbare und selbständig nutzbare Vermögensgegenstände über 250,00 € bis zu 800,00 € wurden in Anlehnung an die steuerlichen Vorschriften (§ 6 Abs. 2 EStG) sofort abgeschrieben.

Die Entwicklung des Anlagevermögens ergibt sich aus nachfolgender Darstellung:

Entwicklung des Anlagevermögens

	Anschaffungs-, Herstellungskosten				Abschreibungen				Buchwerte	
	Stand am 01.01.2019	Zugänge	Abgänge	Stand am 31.12.2019	Stand am 01.01.2019	Zugänge	Abgänge	Stand am 31.12.2019	Stand am 01.01.2019	Stand am 31.12.2019
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände (entgeltlich erworbene Software Konzessionen, ge- werbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten)	1.984,08	0,00	0,00	1.984,08	1.984,08	0,00	0,00	1.984,08	0,00	0,00
II. Sachanlagen										
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	22.823,93	0,00	3.416,00	19.407,93	22.823,93	0,00	3.416,00	19.407,93	0,00	0,00
2. geringwertige Vermögensgegenstände	0,00	1.298,00	0,00	1.298,00	0,00	1.298,00	0,00	1.298,00	0,00	0,00
	22.823,93	1.298,00	3.416,00	20.705,93	22.823,93	1.298,00	3.416,00	20.705,93	0,00	0,00
Summe I. + II.	24.808,01	1.298,00	3.416,00	22.690,01	24.808,01	1.298,00	3.416,00	22.690,01	0,00	0,00

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zu Nennwerten angesetzt und haben eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Der **Rechnungsabgrenzungsposten** betrifft Auszahlungen für Aufwendungen des Folgejahres.

Das voll eingezahlte **Stammkapital** ist zum Nennbetrag bewertet.

Aufgrund eines geschlossenen Ergebnisabführungsvertrags mit der Muttergesellschaft verbleibt nach Gewinnabführung in Höhe von 1.308.938,95 € ein **Jahresüberschuss** in Höhe von 0 €.

Die **Rückstellungen** decken die erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen und wurden mit dem erforderlichen Erfüllungsbetrag dotiert. Sie betreffen im Wesentlichen Aufwendungen für Personal 133 (i. V. 209) T€.

Die **Verbindlichkeiten** sind zum Erfüllungsbetrag angesetzt und besitzen sämtlich, wie zum vorjährigen Bilanzstichtag, eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr. Sie sind bis auf die üblichen Eigentumsvorbehalte alle ungesichert.

Von den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen entfallen 1.497 (i. V. 514) T€ auf die Gesellschafterin.

III. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

In den **sonstigen betrieblichen Erträgen** sind 1 (i. V. 0) T€ aus der Auflösung von Rückstellungen enthalten.

Von den **Aufwendungen für soziale Abgaben und Altersversorgung** entfallen 19 (i. V. 23) T€ auf Aufwendungen für Altersversorgung.

In den **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** sind 0 (i. V. 1) T€ an periodenfremden Aufwendungen enthalten.

IV. Sonstige Angaben

In 2019 waren durchschnittlich 174 (i. V. 219) Arbeitnehmer (Angestellte) beschäftigt.

Ereignisse, die besondere Bedeutung für die Ertrags-, Finanz- und/oder Vermögenslage der H&D ITAS Client Services GmbH haben könnten, sind nach Ende des Geschäftsjahres nicht eingetreten. Auf Abschnitt 3 im Lagebericht wird verwiesen.

Zu **Geschäftsführern/innen** sind bestellt:

- Herr Dipl.-Ing. Bernhard Hönigsberg, Sprecher der Geschäftsführung
(bis 30. September 2019)
- Frau Anita Hönigsberg, Geschäftsführerin des H&D Konzerns Bereich Verwaltung
(bis 30. September 2019)
- Herr Dipl. Oec. Andreas Lehmann, Geschäftsführer des H&D Konzerns Bereich Finanzen
- Frau Claudia Raabe, COO des H&D Konzerns
(bis 31. Dezember 2019)
- Herr Oliver Dietz, operativer Geschäftsführer
(bis 10. Oktober 2019)

Für 4 Geschäftsführer erfolgte die Vergütung über Verwaltungskostenumlagen. Für einen Geschäftsführer wird die Schutzklausel gemäß § 286 Abs.4 HGB in Anspruch genommen.

Der vorliegende Jahresabschluss wird in den Konzernabschluss der HCL Technologies Germany GmbH, Eschborn, einbezogen, die den Konzernabschluss für den kleinsten Kreis der Unternehmen aufstellt. Der Konzernabschluss wird beim elektronischen Bundesanzeiger offengelegt. Der Konzernabschluss der HCL Technologies Germany GmbH wird in den Konzernabschluss der HCL Technologies India Ltd, Noida, Indien, einbezogen, die den Konzernabschluss für den größten Kreis der Unternehmen aufstellt. Der Abschluss ist am Sitz der Gesellschaft erhältlich.

Gifhorn, den 26. Februar 2020

H&D ITAS Client Services GmbH

Andreas Lehmann
Geschäftsführung

H&D ITAS Client Services GmbH

Wolfsburg

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

1. Grundlagen des Unternehmens

Die H&D ITAS Client Services GmbH (im Folgenden ITAS CS) erwirtschaftet als IT-Dienstleister seine Umsätze vornehmlich in den Bereichen Client Management, Workplace Management sowie Service Desk hauptsächlich an den Standorten Wolfsburg, Berlin, Braunschweig, Kassel und Hannover. Kerngeschäftsfeld der Gesellschaft bildet der Aufbau von Services in Richtung cloudbasierte Managed Services. Dabei liegt der Fokus vor allem auf der Automotive Branche.

Vorsitzender der Geschäftsführung ist Herr Hönigsberg bis zum 30.09.2019. Die operative Geschäftsführung der Gesellschaft wird durch Herrn Dietz als operativer Geschäftsführer bis zum 10.10.2019 wahrgenommen und als COO für den Gesamtkonzern durch Frau Raabe bis zum 31.12.2019. Für den kaufmännischen Bereich zeichnen als weitere Geschäftsführer Herr Lehmann – insbesondere Finanzen – und Frau Hönigsberg bis zum 30.09.2019 verantwortlich.

Das Unternehmen ist vollständig in die H&D International Group eingebettet. Diese Einbindung bedingt, dass die ITAS CS über bestehende Geschäftsbesorgungsverträge sämtliche Aufträge direkt von der Hönigsberg & Düvel Datentechnik GmbH erhält.

Die finanzielle Steuerung, die Personalbeschaffung und -betreuung sowie weitere wesentliche administrative Tätigkeiten sind an die H&D Business Services GmbH (HDBS), einer weiteren Tochtergesellschaft der Hönigsberg & Düvel Datentechnik GmbH, ausgelagert. Ebenso erfolgt das Risikomanagement aus der HDBS heraus.

Der im Vorjahr prognostizierte Umsatz von rd. EUR 12,9 Mio. wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr um EUR 2,1 Mio. überschritten. Mit durchschnittlich 174 Mitarbeitern (Vj. 219) wurde mithin ein Umsatz von EUR 15,0 Mio. (Vj. 17,9 Mio.) generiert.

Das für das Geschäftsjahr 2019 erwartete Ergebnis von rd. EUR 2,0 Mio. wurde um 0,7 Mio. verfehlt. Es ergibt sich für das abgelaufene Geschäftsjahr ein Jahresergebnis i.H.v. EUR 1,3 Mio.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchebezogene Rahmenbedingungen

Der Sachverständigenrat der Bundesregierung als auch führende Wirtschaftsinstitute haben für 2019 ein gesamtwirtschaftliches Wachstum in Höhe von 0,8% prognostiziert (Quelle: <https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de>). Das Statistische Bundesamt ermittelte ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für die Bundesrepublik Deutschland für 2019 von nur 0,6% (Quelle: <https://.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Tabellen/bip-bubbles.html>). Insbesondere der Handelskrieg zwischen den USA und China und die damit in China einhergehende konjunkturelle Abkühlung – China ist ein Hauptabsatzmarkt für unseren Hauptauftraggeber – sowie die unveränderten Diskussionen über mögliche US-Zölle auf in die USA importierte Automobile belasteten die Automobilkonjunktur in Deutschland.

Auch der sog. „War of Talents“ ging unvermindert weiter. Der Branchenverband BITKOM registrierte im November 2019 erstmalig, dass mehr als 100.000 Stellen für IT-Experten unbesetzt waren (Quelle: <https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Erstmals-mehr-als-100000-unbesetzteStellen-fuer-IT-Experten>). Dies wird aus unserer Sicht gavierenden Einfluss auf die Digitalisierung der deutschen Industrie insgesamt und der Unterstützung der Automobilbranche bei der Umsetzung ihrer Digitalisierungsstrategien im Besonderen haben und zu einer Verzögerung hin zur E-Mobilität führen (Quelle: [https://bitkom.org/Presse/Presseinformation/Deutsche-Wirtschaft-laeuft-der Digitalisierung-weiter-hinterher](https://bitkom.org/Presse/Presseinformation/Deutsche-Wirtschaft-laeuft-der-Digitalisierung-weiter-hinterher)).

Für 2020 geht die Deutsche Bundesbank von einem Anhalten der Schwächephase der deutschen Konjunktur aus (Quelle: www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/konjunktur-bundesbank-halbiert-wachstumsprognose-fuer-2020-a-1301095.html). Darüber hinaus hat der Ausbruch des Coronavirus in China den dortigen Autoabsatz fast vollständig zum Erliegen gebracht (Quelle: <https://www.n-tv.de/wirtschaft/Chinas-Autoabsatz-kommt-fast-zum-Erliegen-article21618731.html>) und hat inzwischen auch den deutschen Automarkt erreicht (Quelle: <https://www.n-tv.de/wirtschaft/Coronavirus-erreicht-deutschen-Automarkt-article21619182.html>). Wir gehen davon aus, dass die inzwischen weltweite Ausbreitung der Coronavirus-Epidemie aufgrund der Unterbrechung der globalen Lieferketten Auswirkungen auf die Weltkonjunktur und damit auch auf Deutschland als stark vom Export abhängige Nation in 2020 haben wird.

Aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit gehen wir davon aus, dass der sich weiter erhöhende Kostendruck der Automobilhersteller an die Zulieferer weitergegeben und in der Folge dies zu rückläufigen Umsätzen als auch Gewinnmargen führen wird. Abgemildert werden könnten die wirtschaftlichen Folgen aus der Verbreitung des Coronavirus in Deutschland aus unserer Sicht nur, wenn die deutsche Bundesregierung sich bspw. zu erheblichen konjunkturellen Stützungsmaßnahmen entschließen würde, die wir jedoch derzeit noch nicht sehen.

2.2. Geschäftsverlauf

2.2.1 Ertragslage

Das Jahresergebnis 2019 i.H.v. EUR 1,3 Mio. (Vj. EUR 2,0 Mio.) gliedert sich wie folgt auf:

	2019 EUR Mio.	Vorjahr EUR Mio.	+/- EUR Mio.
Umsatzerlöse	15,0	17,9	-2,9
Rohertrag	13,2	16,3	-3,1
Zinsergebnis	0,03	0,01	+0,02
Betriebsergebnis/Ordentliches Ergebnis	1,3	2,0	-0,7
Ergebnis vor Ertragsteuern	1,3	2,0	-0,7
Jahresüberschuss (vor Ergebnisabführung)	1,3	2,0	-0,7

Die **Umsatzerlöse** sanken um 16,0 % auf EUR 15,0 Mio. (Vj. EUR 17,9 Mio.) und lagen damit aber oberhalb des im Vorjahr für 2019 prognostizierten Umsatzes von EUR 12,9 Mio.

Durch Wegfall einiger Projekte reduzierte sich die Mitarbeiteranzahl.

Weitere Ausführungen hierzu sind unter Punkt 2.3 enthalten.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** reduzierten sich leicht auf EUR 0,06 Mio. (Vj. EUR 0,13 Mio.). Diese Reduktion resultierte aus der Verringerung der sonstigen ordentlichen Erträge.

Materialaufwendungen beziehen sich im Wesentlichen auf Aufwendungen für bezogene Leistungen, die sich um EUR 0,2 Mio. auf EUR 1,8 Mio. (Vj. EUR 1,5 Mio.) erhöht haben.

Der unverändert größte Kostenblock der Gesellschaft stellt der **Personalaufwand** dar, der sich um EUR 1,5 Mio. auf EUR 7,4 Mio. (Vj. EUR 8,9) vermindert hat.

Die durchschnittliche Mitarbeiteranzahl von 219 in 2018 sank auf 174 in 2019. Die Personalaufwandsquote (Personalaufwand/Umsatzerlöse) sank auf 49,2% (Vj. 49,6%), was auf eine leicht gestiegene Auslastungsquote der Mitarbeiter und dem gestiegenen Einsatz von Subdienstleistern bei sinkenden Erlösen zurückzuführen ist.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** verminderten sich um EUR 0,9 Mio. auf EUR 4,7 Mio. (Vj. EUR 5,6 Mio.). Vor allem die geringere Belastung der Gesellschaft mit Kosten aus der Verrechnung der H&D International Group (Umlagen und Raumkosten) um EUR 0,6 Mio. sowie der Rückgang der Raumkosten um EUR 0,2 Mio. trugen hierzu bei.

Das **Betriebsergebnis/ordentliche Ergebnis** hat sich im Vergleich zum Vorjahr um EUR 0,7 Mio. auf EUR 1,3 Mio. (Vj. EUR 2,0 Mio.) reduziert und liegt damit auch unterhalb des in 2018 für 2019 prognostizierten Ergebnisses von EUR 2,0 Mio. Die Ergebnisverschlechterung zum Vorjahr ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Umsatzerlöse deutlich stärker gesunken sind als die Reduktion der Personalaufwendungen bei gleichzeitigem Anstieg der bezogenen Leistungen - trotz sinkender Umsätze wurden mehr Leistungen von Sub-Dienstleistern dazu gekauft, was zusätzlich zu einer Verschlechterung der Marge führte.

Der ausgewiesene Jahresüberschuss wird aufgrund eines im Jahr 2014 mit der H&D IT Automotive Services GmbH geschlossenen Beherrschungsvertrages mit Ergebnisabführung an diese vollständig abgeführt. Als Jahresüberschuss verbleiben bei der ITAS CS mithin EUR 0,0 Mio. (Vj. EUR 0,0 Mio.).

2.2.2 Finanzlage

Zur **Finanzierung** stehen der Gesellschaft neben Eigenkapital auch Kreditmittel, die von der Hönigsberg & Düvel Datentechnik GmbH bedarfsorientiert jeweils kurzfristig gewährt werden, zur Verfügung.

Durch Erhöhung der Bilanzsumme um EUR 1,0 Mio. auf EUR 2,1 Mio. (Vj. EUR 1,1 Mio.), hervorgerufen im Wesentlichen durch die Erhöhung der Forderungen gegen verbundene Unternehmen um EUR 1,0 Mio. auf EUR 2,1 Mio. (Vj. EUR 1,1 Mio.), welche nicht im Rahmen des Kontenclearings zwischen den Gesellschaften der H&D International Group ausgeglichen wurden, sinkt die **Eigenkapitalquote** (Eigenkapital/Bilanzsumme) bei unverändertem Eigenkapital i.H.v. EUR 0,03 Mio. auf 1,2 % (Vj. 2,2%). Diese akzeptieren wir nur durch die vollständige Einbindung der Gesellschaft in die H&D International Group. Im Rahmen des im Jahr 2014 mit der H&D IT Automotive Services GmbH geschlossenen EAVs wird der Jahresüberschuss i.H.v. EUR 1,3 Mio. (Vj. EUR 2,0 Mio.) vollständig an diese abgeführt.

Sämtliche **Verbindlichkeiten** sind kurzfristiger Art. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich diese um EUR 1,0 Mio. auf EUR 1,9 Mio. (Vj. EUR 0,9 Mio.) erhöht. Diese Erhöhung ist vor allem mit rd. EUR 1,0 Mio. auf die im Rahmen des Kontenclearings zwischen den Gesellschaften der H&D International Group nicht glattgestellten Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen zurückzuführen.

Die folgende verkürzte **Kapitalflussrechnung** nach den Grundsätzen des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 21 (DRS 21) zeigt die Entwicklung der Liquidität:

	2019 EUR Mio.	Vorjahr EUR Mio.
Cash earnings nach DVFA/SG	1,3	2,0
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	0,33	2,91
Cash Flow aus laufender Finanzierungstätigkeit	-0,33	-2,91
Zahlungswirksame Veränderungen	0	0
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	0	0
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	0	0

Es ist festzustellen, dass sich die **Cash Earnings** im Vergleich zum Vorjahr aufgrund des gesunkenen Jahresergebnisses auf EUR 1,3 Mio. (Vj. EUR 2,0 Mio.) vermindert haben.

Aufgrund der Abnahme der kurzfristigen Rückstellungen um EUR 0,03 Mio. (Vj. Zunahme EUR 0,03 Mio.) sowie der Zunahme der Vorräte, Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind um EUR 0,9 Mio. (Vj. Abnahme EUR 0,2 Mio.) denen die Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind von EUR 0,01 Mio. (Vj. Zunahme EUR 0,63 Mio.) gegenüberstehen, ergibt sich ein **Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit** i.H.v. EUR 0,3 Mio. (Vj. EUR 2,9 Mio.). Diesem steht ein **Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit** von EUR -0,3 Mio. (Vj. EUR - 2,9 Mio.) gegenüber.

Der **Finanzmittelfonds am Ende der Periode** bleibt damit unverändert zum Vorjahr bei EUR 0,0 Mio.

Das **Working Capital** (kurzfristige Vermögen abzüglich kurzfristiges Fremdkapital) blieb im Vergleich zum Vorjahr konstant bei EUR 0,02 Mio. (Vj. EUR 0,02 Mio.).

Die **Liquidität** wird im Rahmen des zentralen Cashmanagements (Cash Pooling) über die Hönigsberg & Düvel Datentechnik GmbH, die sich ihrerseits über kurzfristige Darlehen der Teilkonzernmutter, der HCL Technologies Germany GmbH, refinanziert, sichergestellt.

2.2.3 Vermögenslage

Anlagevermögen ist wie im Vorjahr nicht vorhanden bzw. wurde vollständig abgeschrieben. Investitionen erfolgten in geringwertige Vermögensgegenstände.

Die größte Aktivposition der Gesellschaft stellt unverändert das **Umlaufvermögen** dar, welches sich im Berichtszeitraum auf EUR 2,1 Mio. (Vj. EUR 1,1 Mio.) erhöht hat. Vor allem die Zunahme der Forderungen gegen verbundene Unternehmen um EUR 1,0 Mio. trug zu dieser Erhöhung bei.

Guthaben bei Kreditinstituten existieren aufgrund des Cashpoolings nicht und sind soweit vorhanden in der Position Forderungen gegen verbundene Unternehmen enthalten.

2.3. Gesamtaussage zur Lage des Unternehmens

Die wirtschaftliche Gesamtlage der ITAS CS beurteilen wir als befriedigend. Diese Einstufung gilt auch mit Blick auf den Geschäftsverlauf 2019 insgesamt. Die rückläufigen Absatzsatzzahlen des Hauptauftraggebers in China, die anhaltenden Diskussionen um US-Zölle auf Autoexporte sowie der Verkauf eines Teilbetriebs im 2. Halbjahr 2019 haben Einfluss auf die Ergebnisentwicklung gehabt. Der Umsatz reduzierte sich im Wesentlichen aufgrund des Verkaufs eines Teilbetriebs um EUR 2,9 Mio. auf EUR 15,0 Mio. (Vj. EUR 17,9 Mio.). Da Mitarbeiter im Rahmen des Teilbetriebverkaufs an den Erwerber (Übergang nach § 613a BGB) abgegeben wurden, reduzierten sich die Personalkosten um EUR 1,5 Mio. auf EUR 7,4 Mio. (Vj. EUR 8,9 Mio.). Hierdurch reduzierte sich auch die Personalaufwandsquote leicht von 49,6% in 2018 auf 49,2% im abgelaufenen Geschäftsjahr. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verminderten sich im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls um EUR 0,9 Mio., so dass trotz des Umsatzrückgangs bei gleichzeitiger Personalkostenreduktion ein positives Ergebnis vor Steuern i.H.v. EUR 1,3 Mio. (Vj. EUR 2,0 Mio.) erwirtschaftet werden konnte. Durch Abführung des Ergebnisses an die Muttergesellschaft, die H&D IT Automotive Services GmbH, im Rahmen eines geschlossenen EAVs, reduzierte sich die Eigenkapitalquote auf 1,2% (Vj. 2,2%). Diese ist nur mit Blick auf die Einbindung der Gesellschaft in die H&D International Group noch von uns zu akzeptieren und führt insgesamt vor diesem Hintergrund zu einer befriedigenden Lagebeurteilung der ITAS CS.

Per Saldo ist die Gesellschaft unverändert schuldenfrei. Verbindlichkeiten bestehen in Höhe von EUR 1,9 Mio. (Vj. EUR 0,9 Mio.). Diesen stehen werthaltige Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände von insgesamt EUR 2,1 Mio. (Vj. EUR 1,1 Mio.) gegenüber.

3. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

3.1 Risikobericht

Der CEO (Chief Executive Officer) nimmt zusammen mit dem Risikomanager das Risikomanagement wahr. In monatlichen Meetings - bei Bedarf auch wöchentlich – berichten die operativen Geschäftsführer über alle Projekte. Auftretende Störungen in den Projekten oder sich abzeichnende Risiken werden hier frühzeitig aufgedeckt und geeignete Gegensteuerungsmaßnahmen eingeleitet sowie über bereits ergiffene Steuerungsmaßnahmen reportet.

Der hohe Umsatzanteil bei nur einem Leistungsabnehmer, stellt unverändert ein Klumpenrisiko für die ITAS CS dar. Ein Ausfall dieses Leistungsabnehmers könnte auch zu massiven Ausfallrisiken innerhalb der ITAS CS führen. Von einem Ausfall dieses Hauptleistungsabnehmers geht die Geschäftsführung derzeit jedoch nicht aus. Die operative Geschäftsführung ist unverändert bemüht, die Abhängigkeit von einem Auftraggeber zu vermindern, in dem eine engere Zusammenarbeit in Projekten des HCL Konzerns angestrebt wird. Hierdurch sollte es zukünftig möglich sein, zusammen mit HCL in größeren Projekten bei anderen Kunden aktiv zu werden.

Ein weiteres Risiko, dessen wirtschaftliche Tragweite derzeit noch nicht zu quantifizieren ist, ist der weltweite Ausbruch der Coronavirus-Epidemie. Aufgrund der globalen Lieferketten muss derzeit davon ausgegangen werden, dass diese mindestens temporär unterbrochen und zum Erliegen kommen mit Folgen für die konjunkturelle Entwicklung der Weltwirtschaft. Deutschland als traditionell starke Exportnation wird von dieser Entwicklung aus unserer Sicht in nicht unerblichen Ausmaß konjunkturell betroffen sein. Unser Hauptauftraggeber generiert rd. 1/3 seines Umsatzes in China, wo der Ausbruch des Coronavirus bereits den Automobilabsatz hat einbrechen lassen. Es ist davon auszugehen, dass auch andere Absatzmärkte davon betroffen sein werden. Dies erhöht den ohnehin schon hohen Kostendruck der Automobilhersteller und es darf erwartet werden, dass dieser an die Zulieferer weitergegeben wird. Dies wird Einfluss auf die Umsatzentwicklung und die Margen haben, wodurch nicht nur Arbeitsplätze gefährdet sein könnten, sondern auch Zukunftsinvestitionen nicht oder nur zeitlich verzögert getätigt werden könnten. Inwieweit sich die negativen Auswirkungen der Coronavirus-Epidemie in Deutschland vollständig materialisieren und im schlechtesten Fall in einer Rezession münden, bleibt abzuwarten.

Liquiditäts- und Ausfallrisiken zeichnen sich unter Berücksichtigung der oben gemachten Ausführungen derzeit keine ab. Die für den Geschäftsbetrieb erforderliche Liquidität wird über die Hönigsberg & Düvel Datentechnik GmbH zur Verfügung gestellt und dort auch zentral überwacht. Auftretende Zahlungsverzögerungen von Kunden können so ohne Einschränkungen überbrückt werden.

Im Rahmen einer täglich aktualisierten Offenen Postenliste (OP-Liste) werden alle Forderungen zentral überwacht. In wöchentlichem Rhythmus erhalten alle Geschäftsführer eine Liste der offenen Forderungen sowie deren Fälligkeiten. Einzelne Posten, die drohen überfällig zu werden, sind besonders markiert. Die verantwortlichen Manager und Geschäftsführer haben die Verpflichtung, unmittelbar beim Kunden bezüglich dieser Forderungen nachzufassen und zur Zahlung aufzufordern.

Vorgenannten Punkte berücksichtigend, wird die Gesamtrisikolage der H&D ITAS Client Services GmbH von der Geschäftsführung als beherrschbar eingestuft.

Dennoch ist aufgrund der Fokussierung auf einen Auftraggeber und eine Einschätzung der mit der Coronavirus-Epidemie verbundenen Risiken für die Gesellschaft nur schwer möglich. Zur Zeit wird jedoch davon ausgegangen, dass die Risiken beherrschbar sind und diese den Fortbestand des Unternehmens auch durch die Einbindung in den HCL Konzern nicht nachhaltig gefährden. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die H&D ITAS Client Services GmbH auch in Zukunft am Markt erfolgreich operieren wird. Insofern wird zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Lageberichts von einer Fortführung des Unternehmens ausgegangen.

3.2 Chancenbericht

Die wesentlichen Geschäftschancen der Gesellschaft bestehen unverändert beim derzeitigen Hauptauftraggeber aber auch außerhalb dessen. Nach wie vor ist das Thema „Mobility“ und damit verbunden der Trend zu Bring-Your-Own-Device (BYOD), der mittelfristig das Ticketaufkommen im Service Desk zunächst erhöhen wird zu nennen. Auch die Kombination von Managed Services und Cloud als Wachstumsthema ist zu nennen. Die Endkunden müssen die Umstellung auf cloudbasierte Apps und Services bewältigen (Stichwort: Digitalisierung) und sich mit dem „Internet der Dinge“ und der damit zunehmenden Zahl und Vielfalt von Geräten beschäftigen. Um sich dieser steigenden Komplexität zu stellen und ihre Hardware- und Software- Produkte verlässlich und sicher bereitstellen zu können, wird besonders großer Wert auf Managed Services und langfristige, strategische Partnerschaften mit MSPs gelegt.

Die Kunden erwarten verlässliche und gleichzeitig individuelle Angebote von MSPs sowie zusätzlich eine proaktive Beratung, wie sie ihre Investitionen im Bereich Technologie maximieren können. Im Fokus steht unverändert der gesamte Automotive Bereich und hier insbesondere das Thema Industrie 4.0/Shopfloor sowie weiteres produzierendes Gewerbe mit der Fokussierung auf den Mittelstand.

3.3 Prognosebericht

Vorgenannte Einflussfaktoren berücksichtigend geht die Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2020 von einem erneuten Rückgang des Umsatzes auf EUR 13,0 Mio. (Vj. EUR 15,0 Mio.) aus. Mit Blick auf die den Automobilabsatz beeinflussenden Risiken vor allem aus den Auswirkungen aus der Coronavirus-Epidemie, der rückläufigen Konjunktur in China aber auch in Deutschland, die zu weiterem Kostendruck auch bei dem Hauptauftraggeber der ITAS CS führen wird, wird für das Geschäftsjahr 2020 mit einem erneut rückläufigen Ergebnis i.H.v. EUR 0,9 Mio. gerechnet.

Aufgrund der erfolgten Übernahme durch die HCL Technologies Germany GmbH und der laufenden Integration in den HCL Technologies Konzern, die voraussichtlich erst in den kommenden zwei Jahren zum Abschluss kommen wird, sind valide Planungen für das Geschäftsjahr 2021 nicht möglich. Durch die immer stärkere Verzahnung mit und Einbindung in den HCL Technologies Konzern sowie den damit verbundenen Synergien geht die Geschäftsführung der ITAS CS jedoch mindestens von einem stabilen bis leicht steigenden Umsatz verbunden mit einem leicht steigendem Ergebnis aus, da die erwarteten Kostensenkungen aus der Integration ihre volle Wirkung entfalten sollten.

Wolfsburg, den 11. März 2020

H&D ITAS Client Services GmbH



Andreas Lehmann
Geschäftsführung

H&D ITAS Client Services GmbH
Wolfsburg

Rechtliche Grundlagen

1. Rechtliche Verhältnisse

1.1. Allgemeine Grundlagen

Firma:	H&D ITAS Client Services GmbH
Sitz:	Wolfsburg
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Handelsregister:	Die Gesellschaft ist im Handelsregister beim Amtsgericht Braunschweig unter der Nummer HRB 201593 eingetragen.
Gesellschaftsvertrag:	Der Gesellschaftsvertrag besteht in der Fassung vom 17. November 2008.
Gegenstand der Gesellschaft:	Gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrags ist Gegenstand des Unternehmens die Bereitstellung und Durchführung von Client Services, die Realisierung von IT-Projekten als Generalunternehmer, die Gestaltung von und Unterstützung bei IT-Prozessen, die Übernahme des IT-Projektmanagements. Die Gesellschaft kann darüber hinaus alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar dienen. Sie ist berechtigt, die ihr obliegenden Aufgaben auf Dritte zu übertragen. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an anderen Unternehmen zu beteiligen auch als deren persönlich haftende Gesellschafterin. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen und Betriebsstätten im In- und Ausland zu errichten. Sie ist weiterhin befugt, alle Geschäfte vorzunehmen, die dem vorstehend genannten Unternehmenszweck dienlich sein können. Die Gesellschaft ist befugt, mit anderen

Unternehmen Organschaftsverträge – auch mit Ergebnisausschluss – abzuschließen.

Stammkapital und Gesellschafter: Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000,00 € und ist voll eingezahlt. Alleinige Gesellschafterin ist die H & D IT Automotive Services GmbH, Wolfsburg.

Geschäftsjahr: Kalenderjahr

1.2. Organe

1.2.1. Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung am 11. September 2019 wurde der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 festgestellt, die Ergebnisverwendung 2018 beschlossen und der Geschäftsführung Entlastung für das Geschäftsjahr 2018 erteilt sowie der Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2019 gewählt.

1.2.2. Geschäftsführung

Zur Zusammensetzung der Geschäftsführung verweisen wir auf den Anhang (Anlage 3).

2. Steuerrechtliche Verhältnisse

Steuernummer: 19/206/05425

Finanzamt: Gifhorn

Organschaft: Es besteht eine körperschaft-, gewerbe- und umsatzsteuerliche Organschaft mit der Hönigsberg & Düvel Datentechnik GmbH (Organträger).

Betriebsprüfung: Die letzte steuerliche Außenprüfung und die letzte lohnsteuerliche Außenprüfung wurde firmenübergreifend durchgeführt und umfasste die Zeiträume 2013 bis 2015.

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsaufbereitungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

Besondere Auftragsbedingungen
PKF FASSETT SCHLAGE Partnerschaft mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft Rechtsanwälte

Präambel

Diese Besonderen Auftragsbedingungen der PKF FASSETT SCHLAGE Partnerschaft mbB Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft Rechtsanwälte (nachstehend als PKF bezeichnet) modifizieren die vom Institut der Wirtschaftsprüfer e.V. publizierten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017 (IDW AAB).

Aus berufsrechtlichen Gründen modifiziert PKF die in den IDW AAB enthaltenen Haftungsregelungen für Leistungen, auf welche weder eine gesetzliche noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet, indem zugunsten der Auftraggeber der Haftungshöchstbetrag auf 10 Mio. EUR für Einzelschäden bzw. 12,5 Mio. EUR für Serienschäden erhöht und der Haftungsmaßstab auf einfache Fahrlässigkeit ausgeweitet wird.

Dazu wird Ziffer 9. „Haftung“ der IDW AAB aufgehoben und durch die nachfolgenden Regelungen ersetzt:

Haftung von PKF

- (1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.
- (2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung von PKF für Schadenersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem durch einfache Fahrlässigkeit verursachten einzelnen Schadensfall gem. § 52 Abs. 1 Nr. 2 BRAO auf **10 Mio. EUR** beschränkt.
- (3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen PKF auch gegenüber Dritten zu.
- (4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit PKF bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer durch einfache Fahrlässigkeit verursachten Pflichtverletzung durch PKF her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.
- (5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann PKF nur bis zur Höhe von **12,5 Mio. EUR** in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.
- (6) Ein Schadenersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadenersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.